

Ursula Renold über die neue Bildungssystematik : ein breiter Rucksack bietet bessere Chancen

Autor(en): **Rizzi, Elisabeth / Renold, Ursula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **74 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-804704>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

URSULA RENOLD ÜBER DIE NEUE BILDUNGSSYSTEMATIK

Ein breiter Rucksack bietet bessere Chancen

Das neue Berufsbildungs-Gesetz wertet die Gesundheits- und Sozialberufe auf, sagt Ursula Renold, stellvertretende Direktorin des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie in einem Interview. Um die Attraktivität zu steigern müsse aber auch das Klischee vom traditionellen Frauenberuf aktiv abgebaut werden.

■ *Fachzeitschrift CURAVIVA: In der Wintersession haben die eidgenössischen Räte das neue Berufsbildungsgesetz (nBBG) bereinigt. Was ist der nächste Schritt bei der Umstrukturierung der GSK-Berufe?*

Ursula Renold: Dieses Jahr muss die Hauptverordnung für das neue Berufsbildungsgesetz ausgearbeitet werden. Zur Zeit befindet sie sich im Vernehmlassungsverfahren. Stösst sie auf gutes Echo, wird das Gesetz voraussichtlich im Jahr 2004 in Kraft treten können. Parallel dazu müssen diverse Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet werden, unter anderem die Mindestanforderungen an die Bildungsgänge und Nachdiplome der höheren Fachschulen festgelegt werden.

■ *FZC: Das Bundesamt für Statistik zählt heute rund 140 Berufe in den Bereichen Erziehung und Fürsorge. Werden die Ausbildungen nun radikal zusammengestrichen?*

Renold: Eine breite berufliche Grundbildung erhöht die Mobilität der Lehr-

linge auf dem Arbeitsmarkt, deshalb kann ich mir durchaus vorstellen, dass gewisse Berufe zu Berufsfeldern zusammengelegt werden. Solche Zusammenschlüsse können nicht vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) verordnet werden. Der Entscheid liegt in erster Linie bei den Organisationen der Arbeitswelt (OdA) und wird im Rahmen der Berufsrevision mit den anderen Partnern ausgehandelt.

■ *FZC: Wo sehen Sie Potenzial für eine Zusammenlegung?*

Renold: Bei den künftig national anerkannten Berufen wird es in erster Linie darum gehen, sich zu überlegen ob ein Beruf in ein bereits bestehendes Berufsfeld des Bundes übergeführt werden kann oder neu dem GSK-Bereich zugeordnet wird. Gerade bei den hauswirtschaftlichen Berufen sehe ich beispielsweise viele Schnittstellen zum Sozial- und Gesundheitsbereich.

■ *FZC: Wie sieht es auf der Tertiärebene aus? Viele Fachhochschul-Lehrgänge der Romandie werden in der Deutschschweiz auf der Stufe höhere Fachschulen geführt. Was tut das BBT gegen diesen Röschtigraben?*

Renold: Das ist tatsächlich eine Herausforderung. Das Projekt Transition strebt zwar eine Vereinheitlichung an. Doch zum einen fehlen auf Bundesseite in den nächsten vier Jahren die finanziellen Mittel, um die Fachhochschulen in der Deutschschweiz mitfinanzieren zu können. Zum anderen

ist noch unklar, ob die notwendige gesetzliche Grundlage geschaffen werden kann: Die Revision des Fachhochschulgesetzes ist in der Vernehmlassung auf Kritik gestossen. So hält im Besonderen die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) eine Revision für unnötig und will auf das Hochschulförderungsgesetz warten. Für uns würde das heissen, dass der GSK-Bereich auf Fachhochschulebene vorläufig nicht in Bundeskompetenz übergehen kann.

■ *FZC: Welche Folgen hat das für die Fachhochschulen?*

Renold: Die Kantone haben natürlich die Möglichkeit, selbst Steuerungen vorzunehmen. Es könnte eine Harmonisierung stattfinden, bei der das BBT beratende Funktion einnimmt. Allerdings müsste dabei das Finanzierungsproblem von den Kantonen gelöst werden. Bedauerlich ist, dass die Absolvierenden die Leidtragenden sind, weil die Gleichwertigkeit ihrer Abschlüsse hinausgeschoben wird.

■ *FZC: Wie grenzen sich Fachhochschulen und höhere Fachschulen künftig voneinander ab?*

Renold: Die bisherige Abgrenzung wird weiterhin gültig sein: Fachhochschulen haben einen Forschungsauftrag, während die höheren Fachschulen rein auf die Berufspraxis ausgerichtet sind.

■ *FZC: Die europäischen Länder arbeiten an einer gegenseitigen Anerkennung und Vereinheitlichung der*



Hess

Pflege mit System

Das neue Hess-
Pflegebett-
Qualität die
überzeugt

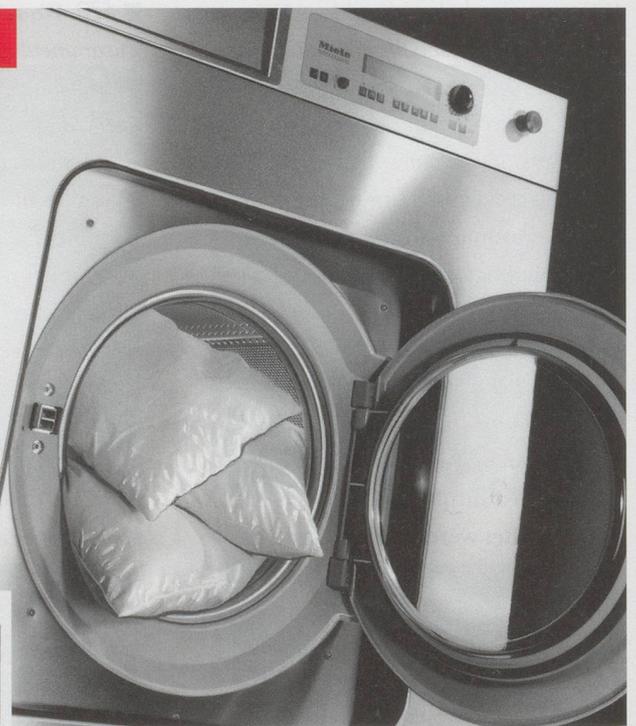
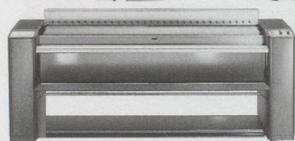
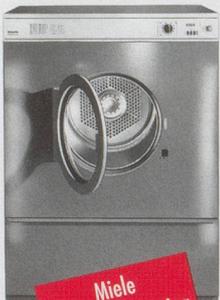
Hess-Dübendorf
Im Schossacher 15
CH-8600 Dübendorf 1

Telefon ++41 1 821 64 35
Fax ++41 1 821 64 33
E-Mail info@hess-online.ch

www.hess-online.ch

Wäschepflege in der hauseigenen Wäscherei

**24% weniger Wasser,
38% weniger Energie.
Das rechnet sich!**



Miele
Wäscherei-Leasing
1,5%

Die neuen Wäschereimaschinen von Miele sind die professionelle und wirtschaftliche Lösung in der hauseigenen Wäscherei. Sie verbinden universelle Anwendungsmöglichkeiten, z. B. Aufbereitung von Oberbetten, mit drastischer Kostensenkung durch minimale Verbrauchsdaten. Dabei lassen sie sich, auch ohne Fachpersonal, einfach bedienen.

02-03-WB

Miele
PROFESSIONAL

Limmatstrasse 4, 8957 Spreitenbach
Tel. 056 417 24 62, Fax 056 417 24 69

Hochschuldiplome. Die höheren Fachschulen sind eine schweizerische Eigenheit. Werden sie sich trotzdem durchsetzen können?

Renold: Die Bologna Deklaration, die sie hier ansprechen, berücksichtigt die höheren Fachschulen tatsächlich nicht. Aber auch auf der Ebene der höheren Fachschulen sind Bestrebungen im Gang, die Mobilität der Studierenden zu erhöhen. In der Schweiz sind Technischulen am weitesten. Derzeit prüfen sie mit ihren ausländischen Partnerinstituten ein gegenseitiges Anerkennungssystem mit Kreditpunkten. Eine Lösung muss noch gefunden werden für die Zulassungsbestimmungen von Absolventen der höheren Fachschulen an Fachhochschulen. Solange die Fachhochschulrevision nicht durchgeführt werden kann, wird jeder Fall weiterhin einzeln nach Dossier geprüft.

■ FZC: *Verschiedene Seiten fordern die gleiche Berufsbezeichnung für Lehrgänge, die an beiden Schulen angeboten werden. Widerspricht ein solcher Schritt nicht dem europäischen Trend nach Vergleichbarkeit und Transparenz?*

Renold: Ich denke, es ist wichtig, dass die Differenzierung der Ausbildungsgänge für Aussenstehende klar ersichtlich ist. Am besten eignet sich dafür eine unterschiedliche Berufsbezeichnung. Wenn aber einzelne Berufsverbände ein Karrieremodell vorziehen – beispielsweise eine Pflegestufe I bis III, die sich von der Stufe Sek. II bis in die universitäre Ausbildung weiterzieht – dann bleibt nur wenig Spielraum zur Differenzierung.

■ FZC: *Sieht das nBBG auch vor, dass Fachprüfungen und Berufsprüfungen in den GSK-Berufen eingeführt werden?*

Renold: Denkbar wäre es. Da die Weiterbildung in vielen Fällen modular verlaufen würde, wäre ein grosses Potenzial vorhanden. Es wäre allerdings nicht die Aufgabe des BBT

sondern der OdA, höhere Fach- und Berufsprüfungen zu konzipieren. Dabei sehe ich zwei Probleme: Zum einen gibt es im Ausland keinen vergleichbaren Abschluss, was die Anerkennung erschwert. Zum anderen ist das Vorurteil weit verbreitet, dass solche Prüfungen nur auf gewerbliche Berufe anwendbar seien. Aber auch dieses Argument muss ich relativieren. Es gibt Abschlüsse im Bereich der Kader- und Führungsausbildung, die nicht zwingend eine internationale Anerkennung erfordern.

■ FZC: *Mindern die Schaffung einer Berufsmatura für Gesundheits- und Sozialberufe und die neuen Zulassungsbestimmungen für Fachhochschulen die Attraktivität der Diplommittelschulen?*

Renold: Im Moment sind die Diplommittelschulen (DMS) noch Hauptzubringer für die kantonalen Hochschulen. In jedem Fall wird die pädagogische Hochschule bis auf weiteres kantonal bleiben. Zumindest dafür wird das Angebot der DMS also weiterhin bestehen. In den Bereichen Gesundheit und Soziales hängt viel von der künftigen Entwicklung ab. Wenn die Fachhochschulrevision nicht zustande kommt, werden die DMS ihre Funktion weiterhin bewahren. Findet eine Revision statt, so gilt es zu prüfen, wie weit die Diplome für einen Übertritt genügen. Eventuell müssen strukturelle Anpassungen im ersten Jahr an den Fachhochschulen durchgeführt werden.

■ FZC: *Auf der Stufe Sek. II sind weitere Veränderungen im Gang. Verschiedene Pilotprojekte für Berufslehren haben im Gesundheits- und Sozialbereich gestartet. Wird das BBT hier noch Anstrengungen einer stärkeren Vereinheitlichung der Berufsbilder unternehmen?*

Renold: Pilotprojekte starten gewöhnlich in einer hochkreativen Phase. Unterschiedliche Ideen aus der Basis sind zu diesem Zeitpunkt sehr erwünscht. Das führt schliesslich zur



Ursula Renold: «Eine breite berufliche Grundbildung erhöht die Mobilität der Lehrlinge auf dem Arbeitsmarkt.»

unterschiedlichen Ausgestaltung der einzelnen Projekte. Bei der Evaluation und Revision des Pilotes versucht man allerdings, eine Harmonisierung zu erzielen. Denn bei der definitiven Ausgestaltung des Berufsbildes soll ja nur noch eine einzige Bildungsverordnung für den Berufstitel stehen. Im Projekt «transition» wurde soeben ein Handbuch zum Thema Schaffung von Berufsfeldern erarbeitet. Es leitet Interessierte an, wie sie die Frage künftiger Kooperationen mit anderen Berufen am besten angehen können.

■ FZC: *Organisationen im Sozialwesen befürchten, dass eine solche Harmonisierung zu wenig Rücksicht auf die Eigenheiten im Sozialbereich nimmt und dass eine zu starke Durchmischung der Berufsfelder Hauswirtschaft, Gesundheit und Soziales stattfindet ...*

Renold: Ich glaube, man muss das so sehen: Für den kaufmännischen Bereich gibt es auch nur eine Bildungsverordnung, obwohl die Ausbildung alles andere als einheitlich ist. Eine Lehre in einem Reisebüro unterscheidet sich stark von der Ausbildung auf einer Bank oder in einem Industrie-

unternehmen. Nur ein gewisser Anteil der Ausbildung ist überall gleich. Darüber hinaus findet eine starke Spezialisierung statt. Ich denke, es ist eine wichtige Aufgabe der Oda im Gesundheits- und Sozialwesen, sich über diesen Grad der Spezialisierung zu einigen.

■ FZC: *Welche Meinung hat das BBT zu dieser Frage?*

Renold: Ich glaube, es gibt schon Modelle, ohne eine zu grosse Verwässerung den gemeinsamen Nenner unter einen Hut zu bringen. Die Kunst wird allerdings darin bestehen, einen Konsens zwischen den Branchen zu finden, da dieser Prozess auch ein grosses Mass an Kompromissbereitschaft verlangt. Das BBT versucht hier eine Moderationsrolle einzunehmen: Wir sind der Ansicht, dass Jugendliche eine bessere Startchance haben, wenn ihr Bildungsrucksack etwas breiter ist.

■ FZC: *Das Konzept der neuen Berufslehren sieht vor, sogenannte «andere Leistungen» in der Ausbildung anzurechnen. Was heisst das konkret?*

Renold: Die Anerkennung anderer Leistungen betrifft vor allem die nachholende Bildung – also Erwachsene, die bereits über eine Grundbildung verfügen. Es gibt zwei mögliche Verfahren, bereits erbrachte Lernleistungen anzuerkennen: das standardisierte und das individuelle. Standardisiert wäre beispielsweise eine modularisierte Ausbildung. Der Bund fördert dieses Ausbildungsmodell bei jeder neuen Berufsrevision. Die individuellen Verfahren auf der anderen Seite sind etwas komplizierter. Hier gilt es, einen föderalistischen Wildwuchs zu vermeiden. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es sinnvoll wäre – das ist auch bereits in der Verordnung zum nBBG enthalten – in den Kantonen Stellen damit zu betrauen, welche die Individuen beim Anerkennungsverfahren beraten. Die Kantone würden in diesem Fall jeweils die einzelnen Dossiers prüfen.

■ FZC: *Sie haben einmal gesagt, die neuen Berufslehren seien auch eine Chance für schulschwache Jugendliche. Warum denken Sie das?*

Renold: Bis jetzt hat man den Begriff Begabung zu einseitig auf die intellektuelle Begabung ausgelegt. Die neuen Lehren im Gesundheits- und Sozialbereich fordern aber viel Sozialkompetenz. Und diese ist nicht zwingend intellektuell bedingt. Für Jugendliche, die sich gut in Gruppen verhalten können, aber schulisch einen Knopf haben, kann es also durchaus eine Möglichkeit sein, eine Lehre im Sozial- oder Gesundheitsbereich zu machen.

■ FZC: *Bei der heutigen Arbeitsmarktlage haben schon Jugendliche mit einem Sek.A-Abschluss grosse Mühe, überhaupt eine Lehrstelle zu finden. Ist es nicht eine Illusion zu meinen, dass in gewissen Feldern trotzdem Sek.B- und C-Absolventen vorgezogen werden?*

Renold: Ich gebe Ihnen schon recht; das Beispiel, das ich vorhin genannt habe, betrifft sicher nicht die grosse Masse. Schliesslich sind die dreijährigen Lehren im Schulbereich in jedem Fall stark ausgeprägt. Als Abhilfe für die sogenannten Schulschwachen sind aber die zweijährigen Attest-Ausbildungen gedacht. Offensichtlich ist gerade im Sozialbereich ein grosser Bedarf vorhanden. Davon zeugen zumindest die vielen Anfragen, die wir diesbezüglich erhalten.

■ FZC: *Aber derzeit gibt es noch keine Konzepte für Attestberufe im GSK-Bereich ...*

Renold: Da im Augenblick die Gefahr einer unkontrollierbaren Entwicklung besteht, warten wir noch zu, bis wir die Masterplanung Berufsbildung beendet haben. Aber sobald das nBBG in Kraft tritt, planen wir, die Schaffung solcher zusätzlichen Angebote zwischen den Steuerungsgruppen national, kantonal und Oda auszuhandeln. In der Zwischenzeit stehen die Jugendlichen nicht mit leeren Händen da. Attest-

Abschlüsse sind als Pilotversuche bereits in den gewerblichen Berufen oder im Bürobereich möglich.

■ FZC: *Genügt die Restrukturierung der Berufsbildung, um die Ausbildungen im Sozial- und Gesundheitsbereich auch für Männer attraktiver zu machen?*

Renold: Ich glaube, den grössten Gleichstellungseffekt erreichen wir durch die Integration der GSK-Berufe auf der Fachhochschulstufe. Je breiter ein Abschluss anerkannt wird, desto höher ist erfahrungsgemäss dessen Wertschätzung und desto höher ist letztlich auch die Attraktivität für Männer. Das Hauptproblem besteht allerdings im traditionellen Berufsverständnis. Bei den GS-Berufen haben wir das gleiche Problem wie bei den Informatikern, nur mit umgekehrten Vorzeichen.

■ FZC: *Und was kann der Bund dagegen tun?*

Renold: Um das Image vom Frauenberuf aufzuweichen kann der Bund Kampagnen machen und Auflagen festsetzen. Ein gutes Beispiel finde ich die Imagekampagne vom letzten Herbst. Bei dieser haben sich Männer pointiert dazu geäussert, warum sie einen Pflegeberuf gewählt haben. Erzwingen kann der Bund allerdings nichts: Den Haupteinsatz bei der beruflichen Umsetzung müssen die Oda erbringen.

■ FZC: *Heisst das, das Hauptproblem sind zu tiefe Löhne und mangelnde Karrierechancen?*

Renold: Generell kann man für den Gesundheits- und Sozialbereich aus anderen Berufen sicher ableiten, dass, wo ein Karrieremodell vorhanden ist, eine grössere Attraktivität vorhanden ist. Die Salärchancen spielen bestimmt auch eine wichtige Rolle. Aber stark wirkt eben schon die Traditionsfrage: Die Bereiche Gesundheit und Soziales leiden unter dem Image einer über hundertjährigen Tradition als reine

Frauenberufe. Hier muss deshalb in jedem Fall zuerst der Abbau von Klischees stattfinden – beispielsweise indem man mit Vorbildern arbeitet und diese auch aktiv vermarktet.

■ **FZC:** *Trotzdem, die Arbeit im Sozial- und Gesundheitswesen wird im Vergleich zum Ausbildungsaufwand schlecht bezahlt. Inwiefern fördert das*

nBBG eine gerechtere Entlohnung?

Renold: Die Lohnentwicklung ist ein politisches Problem, das nicht das BBT betrifft. Hier werden die OdA respektive im Fall der GS-Berufe vor allem die Sozial- und Sanitätsdirektoren eine Lösung finden müssen. Aber ich denke auch hier, dass eine breite Anerkennung der Berufe positive Wirkung zeigt. Ein aktuelles Beispiel ist die

Anpassung der Berufsschullehrer-Löhne an die Gymnasiallehrer-Löhne. Auch auf den Gesundheits- und Sozialbereich wird sie Auswirkungen haben, weil auch bei den Lehrkörpern aus diesen Berufsfeldern eine Harmonisierung stattfinden wird.

Interview: Elisabeth Rizzi

Foto: Arthur Dietiker, Brugg

Stichwörter zur neuen Bildungssystematik

Transition: Die revidierte Bundesverfassung vom 1.1.2000 sieht vor, dass dem Bund neu die Kompetenz über die Berufe der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst (GSK) übertragen wird. Nach dem Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes gilt eine Übergangsfrist von fünf Jahren, innerhalb der die Integration dieser Berufe abgeschlossen werden muss.

Bologna-Deklaration: 1999 haben sich im Rahmen der sogenannten Bologna Deklaration 32 Länder in Europa dazu verpflichtet, gegenseitig Studienabschlüsse in der universitären Tertiärbildung anzuerkennen. Kernstück der Studienreform ist der Wechsel vom einstufigen Bildungssystem mit Lizenziats- oder Diplomabschluss hin zu einem zweistufigen angelsächsischen Modell. Das Grundstudium wird künftig mit dem Titel Bachelor abgeschlossen. Anschliessend folgt in ein bis zwei Jahren ein Abschluss mit dem Titel Master. Studienleistungen werden über ein länderübergreifend anerkanntes Punktesystem (ECTS) angerechnet. Auch die Fachhochschulen in der Schweiz sollen dem Modell angeschlossen werden.

OdA: Die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) bestehen aus Sozialpartnern, Verbänden sowie öffentlichen und privaten Anbietern von Lehrstellen und anderen Bildungsangeboten. Im Bereich der höheren Fachschulen werden Expertinnen und Experten aus den betroffenen Branchen ins Anerkennungsverfahren mit einbezogen. Für Berufs- und höhere Fachprüfungen sind die Verbände allein verantwortlich. Auf der Sekundarstufe II sind die Verbände zuständig für die inhaltliche Ausgestaltung von Bildungsverordnungen. Daneben übernehmen sie verschiedene Aufgaben wie die Erarbeitung und Durchführung der überbetrieblichen Kurse.

Die Rolle der Berufsverbände

■ **FZC:** *Sind Sie zufrieden mit der Rolle der Branchenverbände bei der Umsetzung des nBBG und der RFHG?*

Renold: Dazu kann ich noch gar nicht viel sagen. Denn bei der Entstehung des nBBG haben die Verbände im GS-Bereich nur eine kleine Rolle gespielt. Ihre Rolle wächst erst mit der Verordnung und schliesslich mit der Umsetzung. Bei den Lehrstellenprojekten sind die Verbände allerdings bereits jetzt sehr gut eingebunden. Bisher stellen wir diesbezüglich ein grosses Engagement und viel Einsatz von Seiten der betroffenen Verbände fest.

■ **FZC:** *Seit diesem Jahr haben die Verbände vci und Heimverband fusioniert. Was erwarten Sie von Curaviva auf nationaler Ebene?*

Renold: Gerade im Gesundheits- und Sozialbereich war wegen der Vielzahl von Splittergruppen lange Zeit nicht klar, wer eigentlich zur OdA gehört. Wir begrüssen deshalb Zusammenschlüsse, die Kräfte bündeln. Grössere Verbände haben eine bessere Chance auf dem nationalen Parkett gehört zu werden. Konkret erwarte ich von Curaviva nächstes Jahr in Bezug auf das nBBG eine gute Informationspolitik in den einzelnen Sektionen, damit kein Vakuum entsteht, falls das Gesetz 2004 nicht in Kraft treten kann.

■ **FZC:** *Welche Funktion hat Curaviva bei der kantonalen Umsetzung der Umstrukturierung?*

Renold: Ich empfehle den nationalen Verbänden aus dem Sozial- und Gesundheitswesen dasselbe zu tun wie die Organisationen aus dem Gewerbe. Die kantonale Unterorganisationen sollen gestärkt werden. Schliesslich sind sie es, welche die horizontale Kommunikation mit den kantonalen Berufsbildungsämtern, den Berufsfachschulen und den Lehrbetrieben garantieren. Ich wünsche mir, dass die Verbände, gute Netzwerke aufbauen und gute Qualität gewährleisten. Denn wenn wir in Bern eine Reform koordinieren und leiten, sind wir darauf angewiesen, dass diese in 26 Kantonen durchgesetzt wird und dass dabei auch die Eigenheiten bestimmter Regionen zum Zug kommen. Diesen Spagat können nur diejenigen vollbringen, die in den entsprechenden Regionen verankert sind und um deren Probleme wissen.

■ **FZC:** *Was können einzelne Betriebe wie Heime oder Spitäler zur Implementierung des nBBG beitragen?*

Renold: Am wichtigsten ist wohl der Austausch darüber, was die Voraussetzungen für einen Betrieb sind, Lehrlinge auszubilden. Es geht darum Know how zu verbreiten. Der Verband Cura Viva kann unterstützen, indem er betriebliche Ausbildungsprogramme aufzeigt und Dienstleistungen für die Unternehmen anbietet und Zusammenschlüsse fördert. Denn gerade im Heimbereich kann ich mir vorstellen, dass nicht jeder Betrieb eine ganze Lehre anbieten kann, aber beispielsweise einen Teilbereich.

(eri)